Neuer Finanzausgleich

Schaffhausen kritisiert «faulen» Kompromiss

Der Schaffhauser Kantonsrat beschliesst das Kantonsreferendum gegen den von National- und Ständerat ausgehandelten NFA-Kompromiss. Dieser sei weder fair noch solidarisch.

• von Jörg Krummenacher, Schaffhausen, 17.8.2015, NZZ-Online



Schaffhauser Kantonsrat beschliesst Referendum gegen Kompromiss beim Finanzausgleich. (Bild: Alessandro della Bella / Keystone)

Schaffhausen ist der erste Kanton, dessen Parlament de facto das Kantonsreferendum beschliesst. In der Juni-Session hatten sich National- und Ständerat nach zähem Ringen auf einen Kompromiss beim neuen Finanzausgleich (NFA) geeinigt. Die jährlichen Zahlungen an die 17 Nehmerkantone werden demnach um 165 Millionen Franken gekürzt. Bundesrat und Nationalrat sahen ursprünglich eine Kürzung um 330 Millionen Franken vor, während der Ständerat den Ressourcenausgleich auf dem bisherigen Niveau behalten wollte.

Wechselkanton

Eine Zweidrittelmehrheit im Schaffhauser Kantonsrat beurteilt die Lösung, die für die Jahre 2016 bis 2019 gelten soll, nun aber als «faulen Kompromiss» oder, wie es Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel formulierte, als «Pseudokompromiss», der zulasten der derzeit neun Geberkantone gehe. Diese Beurteilung durch Schaffhausen ist insofern interessant, als sie aus neutraler Warte erfolgt.

Schaffhausen ist mit Baselland und dem Tessin ein Wechselkanton, der im einen Jahr Geber, im nächsten Jahr Nehmer ist. Entsprechend gering ist die Höhe der zu bezahlenden Beiträge oder der Guthaben. Der Finanzausgleich hat für den Schaffhauser Staatshaushalt eine untergeordnete Bedeutung.

Dennoch stellt sich Schaffhausen auf die Seite der Geberkantone. Es gehe um Solidarität und Föderalismus, sagte Thomas Hurter (svp.), der die Motion zum Thema eingereicht hatte. Die Debatte im Schaffhauser Kantonsparlament geriet zum Schlagabtausch über eine gerechte Mittelverteilung zwischen Hurter und Martina Munz (sp.). Beide sind nicht nur im Kantonsrat aktiv, sondern sitzen als Vertreter Schaffhausens auch im Nationalrat. Munz nannte es «undemokratisch und unschweizerisch», wenn mittels Kantonsreferendum versucht werde, den Beschluss der eidgenössischen Räte zu unterlaufen. Kompromisse gehörten zur Schweizer Politik.

In Schaffhausen liegt die Kompetenz zum Ergreifen des Kantonsreferendums beim Kantonsrat. Der Regierungsrat hat nun den Auftrag, das Referendum beim Bund einzureichen.

Keine acht Kantone

In den Parlamenten der Kantone Zug, Schwyz und Nidwalden wurden ebenfalls entsprechende Motionen überwiesen, und auch deren Regierungen sprachen sich für das Kantonsreferendum aus. Die definitiven Beschlussfassungen durch die Legislativen sind für die kommenden Wochen traktandiert. Das ergibt vier Kantone. Damit das Kantonsreferendum zustande kommt, sind indes acht Kantone notwendig. Weil von den Geberkantonen aber Basel-Stadt und die Waadt dem NFA-Kompromiss zugestimmt haben, steht bereits fest, dass zu wenige Kantone zusammenkommen.